



HESSISCHER LANDTAG

25. 08. 2020

Große Anfrage

**Dr. Daniela Sommer (SPD), Lisa Gnadl (SPD), Frank-Tilo Becher (SPD),
Ulrike Alex (SPD), Wolfgang Decker (SPD), Nadine Gersberg (SPD),
Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion**

Kinderrechte in Hessen

Das Deutsche Kinderhilfswerk hat Ende 2019 den ersten „Kinderrechte-Index“ für Deutschland vorgestellt. Hessen schneidet bei der Umsetzung bei vier von fünf Rechten unterdurchschnittlich ab. Gerade bezogen auf die gesundheitsrelevanten Aspekte schneidet Hessen schlecht ab, so ist Hessen unter dem Durchschnitt bei der Umsetzung des Rechts auf Gesundheit, bei der Umsetzung des Rechts auf angemessenen Lebensstandard, bei der Umsetzung des Rechts auf Ruhe und Freizeit, Spiel und aktive Erholung sowie bei der Umsetzung des Rechts auf Bildung. Die Entwicklungsbedarfe einiger Indikatoren zeigen den Verbesserungsbedarf auf.

Wir fragen die Landesregierung:

I. Allgemein

1. Wie bewertet die hessische Landesregierung die Ergebnisse des ersten Kinderrechte-Index, die 2019 vom Deutschen Kinderhilfswerk veröffentlicht wurden?
2. Welchen Stellenwert hat die Thematik für die Hessische Landesregierung?
3. Wie erklärt sich die hessische Landesregierung die im Bundesdurchschnitt hohe Armutsgefährdungsquote von Kindern im Kinderrechte-Index (vgl. deutsches Kinderhilfswerk 2019: 74)?
4. Welche Empfehlungen des 2. Hessischen Landessozialberichts bezüglich Kinderarmut werden in Hessen umgesetzt und wie erfolgt die Umsetzung im Konkreten?
5. Welche weiteren Maßnahmen plant die Landesregierung, um Kinderarmut zu begegnen?
6. Inwiefern plant die hessische Landesregierung die Entwicklungsbedarfe in bestehende Leitlinien (wie z.B. die hessische Kinder- und Jugendrechte-Charta, der Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von null bis zehn Jahren, der Aktionsplan zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und der Hessische Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention etc.) zum Thema Kinderrechte zu integrieren?
7. Inwiefern plant die hessische Landesregierung mit dem Deutschen Kinderhilfswerk zu kooperieren und einen gemeinsamen Länderfond zur Umsetzung der Kinderrechte zu etablieren?
8. Wie wird zukünftig sichergestellt, dass die Umsetzung der Kinderrechte hinreichend evaluiert werden kann?
Bitte nach Landes- und Bundesebene sowie nach qualitativer- und quantitativer Analyse differenzieren.
9. Wie hat sich die Kinderarmut in Hessen während der Pandemie entwickelt?
10. Wann wird die Stelle der Beauftragten für Kinderrechte neu besetzt?
Wie wird diese Aufgabe derzeit erledigt?

II. Vergünstigungen

1. Welche Gründe gibt die Hessische Landesregierung an, warum sie einkommensschwächere hessische Familien bei Ferienmaßnahmen nicht bezuschusst?

2. Von welchen staatlichen Vergünstigungen können Kinder aus finanziell schlechter gestellten Familien in Hessen profitieren?
3. Wie wird von welchen staatlichen Vergünstigungen in Hessen Gebrauch gemacht?
4. Wie erklärt sich die hessische Landesregierung die geringe Bekanntheit von staatlichen Vergünstigungen für Kinder aus finanziell schlechter gestellten Familien (vgl. deutsches Kinderhilfswerk 2018: 85)?
5. Wie will die hessische Landesregierung die Bekanntheit von staatlichen Vergünstigungen für Kinder aus finanziell schlechter gestellten Familien steigern?

III. Teilhabe/Beteiligung an Bau-, Verkehrs-, Stadtplanung

1. Sind überall in Hessen regionale Mobilitätsinfrastrukturen vorhanden, die es Kindern und Jugendlichen unabhängig von Wohnort und Uhrzeit ermöglichen, mobil zu sein?
Wenn nein, wo müssen regionale Mobilitätsinfrastrukturen verbessert werden?
Und wie wird das Land diese initiieren?
2. Wie wird sichergestellt, dass Publikationen/Studien des Landes Hessen, die Kinderrechte betreffen, alle Altersgruppen von 0 bis 18 Jahren gleichermaßen berücksichtigen?
3. Inwiefern unterstützt die hessische Landesregierung Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse auf kommunaler Ebene?
4. Inwiefern unterstützt die hessische Landesregierung Kommunen dabei, einheitliche Infrastrukturen der sozialen Teilhabe zu gestalten, die vom sozialen Nahraum ausgehen und partizipativ gestaltet sind?
Welche Beteiligungs- und Partizipationsmöglichkeiten gibt es diesbezüglich in hessischen Kommunen?
5. Inwiefern plant die Landesregierung ein Beteiligungs- und Dialogformat für junge Menschen im Landtag und ein flächendeckendes Dialog- und Beteiligungsformat auf kommunaler Ebene zu errichten?
6. Wie bekommen Kinder und junge Menschen in Hessen Zugang zu Partizipation, Mitbestimmung sowie zu Hilfen und Begleitung?
7. Wie reagiert die hessische Landesregierung auf die veränderten politischen Teilhabeformen junger Menschen?
Wie können politische Teilhabe und Bildung neu belebt werden?
8. Wie stellt das Land Hessen sicher, dass die Interessen von Kindern bei der Bau-, Verkehrs- und Stadtplanung berücksichtigt werden?
9. Wie stellen die hessischen Kommunen sicher, dass die Interessen von Kindern bei der Bau-, Verkehrs- und Stadtplanung berücksichtigt werden?
10. Welche Maßnahmen planen das Land Hessen und die hessischen Kommunen, um die Interessen von Kindern bei der Bau-, Verkehrs- und Stadtplanung zu berücksichtigen?

IV. Schule & KiTa

1. Beabsichtigt die hessische Landesregierung das Programm „Schule & Gesundheit“ weiterzuführen und auszubauen?
2. Welche Erfahrungswerte bzw. Evaluation gibt es zum Programm „Schule & Gesundheit“ und welche wissenschaftliche Literatur wird herangezogen, um auf verändernde Bedarfe eingehen zu können?
3. Wie kann dem Risiko eines sozialen Ausschlusses im institutionellen Qualifizierungsprozess von Jugendlichen begegnet werden, die nicht auf privat-familiäre Unterstützungsressourcen zurückgreifen können?
4. Wann wird die Landesregierung eine vollständige Schulmittelfreiheit inklusive technische Mittel fürs E-learning einführen, damit Kinder aus finanziell schlechter gestellten Familien nicht abgehängt werden?
Welche Maßnahmen wurden bereits aufgrund der Corona-Pandemie für Kinder geschaffen, um Online-Unterrichtformate nutzen zu können?

5. Wie wird der Vorschlag eingeschätzt, das Programm „Schule & Gesundheit“ oder andere Maßnahmen zur Gesundheitsförderung sowie Ernährungs- und Verbraucherbildung verpflichtend an Kindertageseinrichtungen und Schulen zu integrieren?
6. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung zur Verringerung des täglichen Sitzverhaltens und zur Förderung des Gesundheitsverhaltens von Kindern und Jugendlichen?
7. Wie schätzt die hessische Landesregierung die Bewertung von Kindern bezüglich eines angemessenen Zustands der Toiletten in ihrer Schule ein (vgl. deutsches Kindeshilfswerk 2019: 128)?
8. Wie bewertet die hessische Landesregierung den Entwicklungsbedarf, dass 83 % der Mitarbeitenden in Kitas einen einschlägigen Fachschul- oder Hochschulabschluss aufweisen (vgl. Deutsches Kinderhilfswerk 2019: 238)?
9. Inwiefern will die Landesregierung die Anzahl von Mitarbeitenden in Kitas steigern, die einen einschlägigen Fachschul- oder Hochschulabschluss aufweisen?
10. Wie werden Kinder sowie Schülerinnen und Schüler in Hessen an den Entscheidungsprozessen von KiTa und Schule beteiligt?
11. Wie werden in Hessen die kindergerechte KiTa- und Schulentwicklung geplant, vorangetrieben und umgesetzt?
12. Wie werden die Kriterien der Kinderrechtskonvention in KiTas und in Schulen in Hessen umgesetzt?
13. Gibt es in Hessen Kinderrechtsschulen?
Wenn ja, wo und durch welche Konzepte und Ziele zeichnen sich diese aus?
Wenn nicht, strebt Hessen an, Kinderrechtsschulen zu befördern?
14. Wie sind die Kinderrechte im Bildungs- und Erziehungsplan integriert und wie werden diese in der Praxis umgesetzt?

V. Geflüchtete

1. Wie lange dauert es durchschnittlich, bis Asylsuchende einer Kommune zugewiesen werden?
Wie hat sich die durchschnittliche Zeit bis zur Zuweisung seit 2010 entwickelt?
Bitte nach Quartalen getrennt auflisten.
2. Wie stellen die hessischen Landkreise und Gemeinden sicher, dass sich in Geflüchtetenunterkünften Rückzugsorte für Kinder befinden?
3. Wie gewährleistet die Landesregierung, dass geflüchtete Kinder wieder mit ihren beiden Elternteilen zusammenleben können (Familiennachzug bei Flüchtlingen mit subsidiärem Schutzstatus)?
4. Wie wird der Zugang zum Bildungssystem (bei schulpflichtigen Kindern durch den Zugang zur Regelschule) gewährleistet, wenn Kinder und Jugendliche länger als drei Monate in der Erstaufnahme untergebracht sind?
5. Wann wird die im „Hessischen Aktionsplan zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ angekündigte Einführung einer Gesundheitskarte für Asylsuchende kommen?
6. Was hat die schriftliche Abfrage der Kommunen bezüglich der Einführung einer Gesundheitskarte für Asylsuchende ergeben?

Wiesbaden, 25. August 2020

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser

Dr. Daniela Sommer
Lisa Gnadl
Frank-Tilo Becher
Ulrike Alex
Wolfgang Decker
Nadine Gersberg
Turgut Yüksel